Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

HANNOVER
FRIEDHELM OST

17. November 2009

www.kas.de
www.kas.de/hannover

Die dynamischen Kräfte entfesseln - Steuerpolitik für mehr Wachstum und Beschäftigung

VORTRAG VON FRIEDHELM OST STAATSSEKRETÄR A. D. ANLÄSSLICH DER VERANSTALTUNG AM 17. NOVEMBER 2009 IN HANNOVER

I.

Das nominale Bruttoinlandsprodukt Deutschlands belief sich im Jahre 2008 auf rund 2.500 Mrd. Euro; gegenüber dem Jahr zuvor war es um 2,8 % gestiegen, nachdem das Plus 2007 fast 4,5 % und 2006: 3,7 % betragen hatte.

Im laufenden Jahr müssen wir mit einem Minus von etwa 5 % rechnen; das entspricht einem Betrag von 125 Mrd. Euro, um den sich die Leistung der deutschen Wirtschaft verringert und der nicht zur Verwendung zur Verfügung steht.

Besonders tiefe Einbrüche gibt es auf der Entstehungsseite im produzierenden Gewerbe, aber auch im Handel, Gewerbe und Verkehr; bei der Verwendung gehen die Ausrüstungen kräftig zurück, während die Konsumausgaben des Staates ein deutliches Plus aufweisen und damit zumindest ein wenig stabilisierend wirken.

Die globale Finanzkrise des Jahres 2008 hat auch in Deutschland zur schwersten wirtschaftlichen Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg geführt. Nur mit massiven staatlichen Interventions- und Stützungsmaßnahmen konnte der drohende Zusammenbruch des Bankensystems verhindert werden. Weltweit senkten die Zentralbanken die Zinsen und versorgten die Finanzinstitute praktisch unbegrenzt mit Liquidität, um die ausgetrockneten Interbankenmärkte zu ersetzen. Parallel dazu unterstützten die Regierungen die in Schwierigkeiten geratenen Banken durch Garantien und Kapitalspritzen, und erhöhten die Garantien für private Bankguthaben. Zudem wurden umfangreiche Maßnahmenpakete zur Stabilisierung der Konjunktur beschlossen.

Für 2009 und 2010 wurden von der großen Koalition zwei Konjunkturpakete zur Wachstumsstärkung und Beschäftigungssicherung auf den Weg gebracht: Unter anderem handelt es sich dabei um zahlreiche steuerliche Entlastungen bei der Einkommensteuer, um die verbesserte steuerliche Berücksichtigung von Vorsorgeaufwendungen, um die Wiedereinführung der Pendlerpauschale, um die Senkung der Beitragssätze zur Gesetzlichen Krankenversicherung, um die Verlängerung der Bezugsdauer von Kurzarbeitergeld und den Ausbau der Qualifizierung, um die Aussetzung des sog. Riester-Faktors bei der Rentenversicherung, um die Aufstockung von Bafög, Wohngeld und Kindergeld, um die Aufstockung der Verkehrsinvestitionen und last but not least um die Abwrackprämie beim PKW-Kauf.

Insgesamt werden diese Maßnahmen den Staatshaushalt in diesem Jahr mit etwa 35 Mrd. Euro, im nächsten Jahr mit 43 Mrd. Euro belasten.

Diese finanzpolitischen Beschlüsse waren ohne Zweifel als Notmaßnahmen richtig und wichtig, wenn auch über einige Einzelschritte und deren Wirksamkeit gestritten werden kann. Manches wird rasch verpuffen, wie etwa die Abwrackprämie; manches wird auch nicht zu einer dauerhaften Entfesse-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

HANNOVER
FRIEDHELM OST

17. November 2009

www.kas.de
www.kas.de/hannover

lung der Wachstumskräfte beitragen, sondern eher kontraproduktive Wirkungen entfalten, wie zum Beispiel die Aussetzung des Riester-Faktors bei der gesetzlichen Rente.

Dennoch gab es in den letzten Monaten einige Lichtblicke: "Die deutsche Wirtschaft", so lautet die Diagnose im Monatsbericht der Deutschen Bundesbank für Oktober," hat sich im dritten Quartal 2009 von dem konjunkturellen Tief, in das sie nach dem Einbruch im Winterhalbjahr 2008/ 2009 gefallen war, weiter erholt. Die sich seit einiger Zeit belebende Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen und die Rückkehr der Zuversicht in den Geschäftsaussichten haben nach dem Abbau von Lagerbeständen und bei fortgesetzten Entspannungssignalen an den Finanzmärkten maßgeblich dazu beigetragen. In diesem Zusammenhang spielte die weitere Aufhellung des internationalen Umfeldes eine wichtige Rolle."

Sowohl die Auftragseingänge als auch die Produktion der Industrie sind im Vergleich zu den Vormonaten seit Mitte 2009 gestiegen; gegenüber dem Vorjahresniveau ergibt sich damit indessen immer noch ein Minus von rund 15 bis 17%. Dasselbe gilt für den Außenhandel: Die Exporte ziehen von Monat zu Monat wieder an, bewegen sich jedoch deutlich unter dem Niveau des Vorjahres. Der Anstieg des privaten Konsums als stärkstes Aggregat liegt nur minimal über Null. Etwas mehr Impulse gehen vom Staat aus – u. a. durch höhere Bauinvestitionen und Transferleistungen. Entlastungen für die Wirtschaft insgesamt gab und gibt es noch durch niedrige Kreditzinsen sowie durch kräftig gesunkene Preise für Rohstoffe und Energie; so sind die Rohölimporte im 12-Monatszeitraum Oktober 2008 bis September 2009 um 3, 2 % auf knapp 102 Mio. Tonnen zurückgegangen, die deutsche Rohölrechnung fiel in diesem Zeitraum mit 32 Mrd. Euro niedriger aus – vor allem aufgrund der Schwäche des Dollars.

Von einem gesicherten nachhaltigen Aufschwung sind wir noch weit entfernt. Die Risiken für einen Rückschlag sollten nicht unterschätzt werden. So sind neue Erschütterungen im internationalen Finanz- und Bankensystem nicht ausgeschlossen. Ohnehin müssen viele Banken noch umfangreiche Abschreibungen und Wertberichtigungen auf toxische Wertpapiere und auf Kredite vornehmen. Viele Institute stehen unter einem gewaltigen Druck ihre Eigenkapitalausstattung zu verbessern. Solange die eigene Existenz nicht bedroht ist, verzichten nicht wenige Banken auf staatliche Hilfen, um die damit verbundenen Einschränkungen zu vermeiden. Vielmehr verbessern sie ihre Eigenkapitalquote dadurch, dass sie ihre Kreditvergabe zurückfahren und somit auch ihre Bilanzsumme. Daher besteht das nicht zu unterschätzende Risiko, dass die Finanzierungsbedingungen für die Unternehmen noch restriktiver werden, möglicherweise in eine massive Kreditklemme münden und so die Erholung der Konjunktur behindern oder gar ausbremsen. Die Zahl der Insolvenzen von Unternehmen steigt jedenfalls schon kräftig an (+ 12% gegenüber 2008), – und das, obwohl die Politik finanzielle Überbrückungshilfen zur Verfügung stellt, natürlich vor allem für Unternehmen, die durch die Finanzkrise in Schwierigkeiten geraten sind.

Einige große Problemfälle – von Arcandor über Schaeffler/Conti bis hin zu Opel – befinden sich auf dem Sanierungswege oder müssen noch gelöst werden; ob das in jedem Fall bei den größeren Firmen gelingt, ist nicht sicher, obwohl wir bereits eine Art von Zweiklassensystem haben: Bei großen Unternehmen eilen im Falle einer drohenden Pleite Politiker mit Staatshilfen zur Rettung herbei, bei mittleren und kleineren Firmen kommt der Insolvenzverwalter.

Prognosen für die weitere Entwicklung der Wirtschaft sind jedenfalls risikoreich. Dennoch deutet vieles darauf hin, dass der Tiefpunkt im ersten Halbjahr 2009 erreicht wurde und es seit Mitte des Jahres langsam wieder aufwärts geht, aber – wie bereits gesagt – von einem sehr niedrigen Niveau aus. Die meisten Sachverständigen und Wirtschaftsweisen erwarten für 2010 eine reale Zunahme des Bruttoinlandsproduktes um 1, 2 bis 1, 6 % – also ein relativ moderates Wachstum, das nach dem tiefen Absturz im laufenden Jahre bestenfalls eine zarte Wende zum Besseren einleitet. Dabei wird unterstellt, dass sich der Preis für das

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

HANNOVER
FRIEDHELM OST

17. November 2009

www.kas.de
www.kas.de/hannover

Rohöl um etwa 75 bis 80 Dollar pro barrel bewegen wird, dass der Welthandel um 5 bis 6 % expandieren wird – nach einer Schrumpfung von gut 10 % in 2009 – , dass der Wechselkurs des Euro etwa bei 1,45 US-Dollar liegen wird, die Zinsen niedrig und auch die staatliche Finanzpolitik expansiv bleiben werden.

Im Einzelnen gehen die Prognosen für 2010 davon aus, dass sich die Konsumausgaben der Privaten Haushalte um 0,1 % erhöhen, die des Staates um 3 %; bei den Anlage-Investitionen wird ein Plus von rund 1 % erwartet, bei Bauten eine Zunahme um knapp 2 %; für den Export wird für 2010 eine Steigerung um 5 bis 6 % prognostiziert – nach einem tiefen Einbruch um fast 17 % im laufenden Jahr. Diese Prognose spiegeln mehr als deutlich wider, dass es nur sehr mühsam aus dem "tiefen Keller" aufwärts gehen wird. Das wird auch dazu führen, dass wir auf dem Arbeitsmarkt in den nächsten Monaten mit einem Rückgang der Erwerbstätigen um rund 800.000 auf 39, 4 Mio. und mit einem Anstieg der Zahl der Arbeitslosen um etwa 600.000 auf rund 4 Mio. im Durchschnitt des nächsten Jahres rechnen müssen. Die Verlängerung der Kurzarbeiter-Regelung hat geholfen, dass es bislang nicht zu einem stärkeren Anstieg der Arbeitslosigkeit gekommen ist, und sie wird gewiss auch 2010 eine positive Brückenfunktion haben.

Diese Zahlen und Fakten unterstreichen nur zu deutlich die Aussagen der Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer Regierungserklärung vom 10. November 2009: "Deutschland befindet sich in der schwersten Rezession. Der Absturz ist zwar gestoppt, es gibt erste Aufwärtsbewegungen, aber vieles liegt deutlich unter dem Niveau vor der Krise."

II.

Die schwerste Finanz- und Wirtschaftskrise, die wir seit Bestehen unserer Republik erleben, schlägt voll auf die öffentlichen Haushalte durch – sowohl auf die Einnahmen – als auch auf die Ausgabenseite.

Die Steuereinnahmen betrugen im Jahr 2008 gut 561 Mrd. Euro; das waren über 4 % mehr als 2007. In diesem Jahr werden sie um fast 7 % niedriger ausfallen und sich auf insgesamt 524 Mrd. Euro belaufen. Die Experten des Arbeitskreises Steuerschätzungen gehen für 2010 nochmals von einem Minus von 2,4 % aus, so dass sich die Steuereinnahmen im nächsten Jahr auf noch 511,5 Mrd. Euro summieren werden; davon entfallen 216 Mrd. Euro auf den Bund, 202 Mrd. Euro auf die Länder, 66 Mrd. Euro auf die Gemeinden und 27 Mrd. Euro auf die EU. Zum einen wurden die Abgaben schon durch Beschlüsse der Großen Koalition gesenkt; insbesondere die Änderungen des Einkommensteuertarifs und die Verbesserung der Abschreibungsregelungen schlugen schon 2009 zu Buche. Ab 2010 wird es zu weiteren Einnahmeminderungen für die Staatskasse kommen – vor allem durch die steuerliche Geltendmachung von Beiträgen zur Kranken- und Pflegeversicherung sowie durch das am 9. November von der Bundesregierung beschlossene Gesetz zur Beschleunigung des Wirtschaftswachstums mit einem Volumen von 8,5 Mrd. Euro. Die Steuerquote, die im vorigen Jahr bei 23,7 % des BIP lag und in 2009 etwa bei 23, 6 % liegen wird, dürfte im nächsten Jahr auf 22,6 % zurückfallen.

Die Ausgaben des Staates steigen in dieser Krisenphase an – vor allem auch die Zahlungen an die Sozialversicherungssysteme, für öffentliche Investitionen und für die Zinsen auf öffentliche Schulden. Fast 13 % der Steuereinnahmen bzw. 3 % des BIP muss der Staat in 2010 für Schuldenzinsen bezahlen. Das riesige Problem der Staatsverschuldung wird allein hieran mehr als deutlich. Das gesamtstaatliche Defizit bei der Nettokreditaufnahme wird 2009 bei rund 3,5 %, in 2010 bei sage und schreibe über 5 % des BIP liegen. Die Gesamtverschuldung des Staates wird im nächsten Jahr die Marke von 1.700 Mrd. Euro übersteigen; das ist eine gewaltige Hypothek für die nächste Generation. Sie wird indessen in den nächsten Jahren nur nachhaltig zu verringern sein, wenn unsere Wirtschaft wieder auf einen soliden Wachstumskurs gesteuert wird. Gewiss, Sparen ist eine Tugend – gerade bei den öffentlichen Ausgaben. Nur in der aktuellen schwierigen Konjunkturphase, in dieser tiefen Wirtschaftskrise, wäre eine

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

HANNOVER
FRIEDHELM OST

17. November 2009

www.kas.de
www.kas.de/hannover

Sparpolitik das völlig falsche Rezept. Das war im Übrigen der Kurs in der Krise vor 80 Jahren – ein Kurs, der in die große Depression mit allen negativen wirtschaftlichen, sozialen und auch politischen Konsequenzen führte.

Deshalb ist es völlig richtig, dass die christlich-liberale Koalition der Mitte alles dafür unternimmt, um die noch sehr zarten Wachstumsansätze zu fördern, ja um das Wachstum zu beschleunigen. Wachstum ist nicht alles, aber ohne Wachstum ist alles nichts! Natürlich geht es um nachhaltiges, qualitatives Wachstum unserer Wirtschaft. Denn ohne Wachstum würden wir aus dem Krisental kaum herauskommen, würden die Probleme auf dem Arbeitsmarkt, in den öffentlichen Haushalten und Sozialkassen sehr schnell noch viel größer. Es gilt jetzt Gas zu geben, um aus der Gefahrenzone herauszukommen, um sich aus dem Abwärtsstrudel zu befreien und um die schwierige Bergfahrt nach oben zu beschleunigen. Gerade die Steigerung qualitativen Wachstums bedarf kräftiger Impulse und Hilfen.

1 % mehr BIP-Wachstum bedeutet rund 25 Mrd. Euro mehr an Gütern und Dienstleistungen. Bei einer Staatsquote von etwa 44 % (davon: ca. 23 % Steuern und 17 % Sozialbeiträge) entfallen davon rund 6 Mrd. Euro auf zusätzliche Steuereinnahmen und ca. 5 Mrd. Euro auf zusätzliche Sozialbeiträge. Dabei nicht eingerechnet sind die geringeren Staatsausgaben für Arbeitslosigkeit und andere Sozialmaßnahmen, wenn es wieder aufwärts geht. Niemand wird in den Staatshaushalten so viel einsparen können, wie er durch eine länger anhaltende Schrumpfung des Bruttoinlandsproduktes verliert. Eine verantwortungsvolle und weitsichtige Politik muss deshalb alles daran setzen, die dynamischen Kräfte unseres Landes so schnell wie möglich zu entfesseln. Es ist wie in der Natur: Sparen an dem Saatgut, am Dünger oder an der Bodenpflege wird zur Missernte führen. Umgekehrt werden Anstrengungen und Aufwand für gute Wachstumsbedingungen zu besseren Ergebnissen führen, weil sie Anreize für alle am Wirtschaftsprozess Beteiligten bieten. Denn Wirtschaftswachstum entsteht vor allem aus innovativen und produktiven Leistungen von Unternehmern und Arbeitnehmern, aus Investitionen und Konsum. Kein Staat und Politiker kann mehr Wachstum und damit mehr Wohlstand anordnen; sonst wäre die sozialistische Kommando- oder Planwirtschaft ein Erfolgsmodell gewesen und nicht im Wettbewerb der Systeme gescheitert. In unserer Sozialen Marktwirtschaft, dem Super-Modell einer erfolgreichen und humanen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, muss der Staat die Rahmenbedingungen günstig gestalten, die Regeln für die Wirtschaft festlegen, Freiheit, Eigentum und Wettbewerb garantieren sowie Verstöße gegen die Regeln ahnden. Eine Renaissance der Sozialen Marktwirtschaft bietet die große Chance, den Weg aus der tiefen Wirtschaftskrise erfolgreich zu beschreiten. Deutschland braucht heute – wie schon vor 60 Jahren – einen neuen Aufbruch, eine Revitalisierung aller dynamischen Kräfte, eine neue Kraftanstrengung aller Leistungsträger.

> Wenn es richtig ist, dass die Konjunktur zu 50% von den Fakten und zu 50% von der Psychologie bestimmt wird, dann sind gewiss die Rahmenbedingungen derzeit mit den 3 Konjunkturprogrammen –
>
> > das 1. mit 31,1 Mrd. Euro für 2009 und für 2010,
> >
> > das 2. mit 49,2 Mrd. Euro für 2009 und für 2010 sowie
> >
> > das 3. mit 8 Mrd. Euro für 2010 –
>
> recht gut, doch müssen Unternehmern, Arbeitnehmern und privaten Haushalten gerade in der jetzigen noch außerordentlich schwierigen Phase mehr Mut zur Zukunft gemacht werden, damit es zu einem neuen Aufbruch in der Wirtschaft kommt.

III.

Peter Sloterdijk, einer der großen Philosophen unserer Zeit, hat jüngst in einem Artikel in der Frankfurter Allgemeinen mit seiner Meinung nicht hinterm Berg gehalten: Wir leben nicht im Kapitalismus, sondern im Steuerstaat – also in einem Semi-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

HANNOVER
FRIEDHELM OST

17. November 2009

www.kas.de
www.kas.de/hannover

Sozialismus auf eigentumswirtschaftlicher Grundlage, so lautete seine wichtigste These. Er wies auf die Gefahr der De-Solidarisierung großen Stils hin, wenn die Zahl der Steuerzahler in einem Staate schrumpfe und sich der Anteil der Transferempfänger stark erhöhe.

Gewiss mag dem einen oder anderen Sloterdijks Philosophie in der Steuerpolitik als übertrieben vorkommen. Doch erinnert dies an eine Bemerkung von Konrad Adenauer, der vor Jahrzehnten den Staat und eine Geliebte verglich: Beide sind einem lieb und teuer. Doch wenn die Geliebte zu teuer werde, dann liebe man sie nicht mehr. Unsere Gefälligkeitsdemokratie, zu der sich unser Staat seit 1949 kontinuierlich entwickelt hat, ist zu einer gigantischen Umverteilungsmaschinerie geworden. Das heutige Steuerrecht ist durchsetzt mit Privilegien und fordert überhöhte Steuersätze bei löchriger Bemessungsgrundlage, so lautete die aktuelle Diagnose von Professor Paul Kirchhof aus Heidelberg: "Der Einzelne kämpft nicht mehr für die Allgemeinheit der Steuerlast, sondern gestaltet sein wirtschaftliches Verhalten so, dass er möglichst viele der gesetzlichen Begünstigungen in Anspruch nehmen kann." Zudem wird das Steuerrecht seit langem immer mehr von der Politik dafür eingesetzt, den Bürger zu lenken: Mit Steuern steuern, diese Devise wird verfolgt, um Investitionen in Filme, Schiffe oder Schrottimmobilien zu locken.

Alle Experten machen seit langem gute Vorschläge für eine grundlegende Große Steuerreform. Auch in der Politik wird das aufgegriffen mit der Zielvorgabe: Es muss endlich etwas geschehen, aber es darf nichts passieren. Nun, die Hoffnung stirbt zuletzt. Mit der neuen christlich-liberalen Koalition gibt es berechtigte neue Hoffnung. Die Bundeskanzlerin hat in ihrer Regierungserklärung für die neue Legislaturperiode eine Steuerreform angekündigt – mit dem Tarif in der Einkommensteuer, der einfach, niedrig und gerecht sein soll, der leistungsfeindliche Elemente wie etwa den sogenannten "Mittelstandsbauch" beseitigt und bei dem ein Stufentarif die bisherige lineare Progression ersetzen soll. "Anzahl und Art der Stufen", so Angela Merkel in einem Interview mit der FAZ (14.11.09), "werden wir im nächsten Jahr in der Entwicklung der Steuerreform besprechen". Der Auftakt der neuen Bundesregierung geht jedenfalls in die richtige Richtung: Als erste wichtige Weichenstellung ist von der Bundesregierung ein steuerpolitisches Maßnahmenpaket, das sog. Wachstumsbeschleunigungsgesetz, auf den Weg gebracht worden, um damit die Wachstumskräfte zu stimulieren.

Mit diesem steuerlichen Sofortprogramm werden vor allem Familien entlastet:

- Die Kinderfreibeträge für jedes Kind werden angehoben. Statt 6.024 Euro sollen sie ab dem Veranlagungszeitraum 2010 insgesamt bei 7.008 Euro liegen.

- Das Kindergeld wird erhöht. Es steigt für jedes Kind um 20 Euro. Das hilft vor allem Familien mit kleinem und mittlerem Einkommen. Für das erste und zweite Kind soll es damit statt 164 Euro 184 Euro geben, für das dritte 190 Euro, ab dem vierten Kind 215 Euro.

- Für nahestehende Erben sind Verbesserungen geplant. Ziel ist es, eine geringere Steuerbelastung für Geschwister und Geschwisterkinder zu erreichen. Vorgesehen ist ein neuer Steuertarif von 15 bis 43 Prozent. Zudem werden auch die Bedingungen für die Unternehmensnachfolge weiter verbessert.

Eine gute wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands gründet nicht nur in einer stabilen Binnenkonjunktur, sondern vor allem in guten Rahmenbedingungen für die Unternehmen des Landes. Hier werden die Produkte von morgen entwickelt, Waren in alle Welt verkauft und Arbeitsplätze in Deutschland geschaffen. Für die Wirtschaft sind weitere Änderungen geplant, vor allem Korrekturen bei der Unternehmensteuer.

- Nicht nur die Hoteliers und Gastronomen, sondern auch ihre Gäste sollen von einem niedrigeren Umsatzsteuersatz für Beherbergungs-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

HANNOVER
FRIEDHELM OST

17. November 2009

www.kas.de
www.kas.de/hannover

leistungen profitieren. Der Steuersatz wird auf sieben Prozent abgesenkt.

- Für die Unternehmer sollen die Abschreibungsregeln geändert werden. Geplant ist eine Sofortabschreibung von Wirtschaftsgütern bis 410 Euro. Schon im Jahr der Anschaffung können dadurch Unternehmer von steuerlichen Vorteilen durch die Abschreibung profitieren. Alternativ dazu soll es auch möglich sein, einen Sammelposten für alle Wirtschaftsgüter zwischen 150 Euro und 1.000 Euro einzurichten.

- Die Zinsschranke wird entschärft. Die Idee bei der Einführung der Zinsschranke war, dass vor allem Konzerne, die in Deutschland Gewinne verbuchen, diese nicht einfach auf Tochtergesellschaften im Ausland verlagern können, um in Deutschland weniger oder keine Steuern zu zahlen. Die Regeln der Zinsschranke stellen krisenbedingt für viele kleine und mittlere Unternehmen ein Problem dar. Deshalb wird unter anderem die Freigrenze von 1 Mio. Euro dauerhaft auf 3 Mio. Euro erhöht, um vor allem den Mittelstand zu entlasten.

- Weiterhin wird der Ausbau erneuerbarer Energien gefördert. Deutschlands Technologieführerschaft bei Energie aus Wind, Sonne oder Wasser soll gesichert werden. Für modular aufgebaute Anlagen, die vor dem Jahr 2009 in Betrieb genommen wurden, soll so ein wirtschaftlicher Weiterbetrieb ermöglicht werden.

Die bereits von der Großen Koalition beschlossene Einkommensteuerentlastung sowie das nun von der christlich-liberalen Koalition auf den Weg gebrachte Wachstumsstimulierungspaket belaufen sich auf ein Gesamtvolumen von rund 21 Mrd. Euro; das ist ohne Zweifel richtig zur Überwindung der Wirtschaftskrise, zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung.

Mit Plusraten von 1 bis 2 % beim Bruttoinlandsprodukt würden wir wohl erst am Ende der neuen Legislaturperiode, also im Jahr 2013, das Niveau von 2008 in etwa erreichen. Wir brauchen jedoch ein kräftigeres Wachstum, um die nicht geringen Herausforderungen auf zahlreichen Feldern zu meistern – von der Forschung und Bildung über die Sozialsysteme bis hin zur Konsolidierung der öffentlichen Finanzen.

Deshalb soll es in der Steuerpolitik im Jahre 2011 eine weitere wichtige Etappe geben, nämlich vor allem die Reform der Einkommensteuer mit einem Entlastungsvolumen von 19 Mrd. Euro und einem Stufentarif. Das wichtigste Ziel wird dabei "mehr Netto vom Brutto" sein, das mit einem einfacheren, niedrigeren und gerechteren Steuersystem sowie vor allem auch mit einer Vereinfachung des Besteuerungsverfahrens erreicht werden soll. Die wichtigen Eckpunkte dazu sind im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und FDP aufgelistet worden; darunter sind u. a. auch die Wiedereinführung des steuerlichen Abzugs von Steuerberatungskosten, die Vereinfachung der Besteuerung von Rentnern und die Entbürokratisierung der steuerlichen Förderung der privaten Altersvorsorge zu finden. Wenn auch manche Details der Steuerpolitik von CDU/CSU und FDP kritisch betrachtet werden können, so zielen sie insgesamt in die richtige Richtung. Dagegen sind die steuerpolitischen Vorstellungen der SPD rückwärtsgewandt sowie gewiss nicht wachstums- und beschäftigungsfördernd: Die geforderte Vermögensteuer, die nationale Börsenumsatzsteuer und der Bildungssoli auf hohe Einkommen mögen Lafontaine, Gysi und den Linken gefallen, sind jedoch pure Abgabenerhöhungsforderungen zwecks Kompensation von Neidkomplexen. Sobald die Wirtschaft wieder auf höheren Touren läuft und das Wachstum bei etwa 3 bis 4% liegen wird, muss die Finanzpolitik die Phase der Konsolidierung einleiten. Dazu ist es notwendig, dass alle Subventionen und Finanzhilfen deutlich abgebaut werden, dass die öffentlichen Ausgaben nachhaltig gekürzt werden und dass die Expansion der öffentlichen

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

HANNOVER
FRIEDHELM OST

17. November 2009

www.kas.de
www.kas.de/hannover

Ausgaben über einige Jahre hinweg deutlich unter der Zunahme des Wirtschaftswachstums bleibt. So sollte es möglich werden, dass Deutschland ab etwa 2015 wieder die Kriterien des Europäischen Wachstums- und Stabilitätspaktes einhalten kann, also bei der Neuverschuldung deutlich unter der 3%-Marke bleiben wird, und somit auch die im Grundgesetz vorgeschriebene Schuldenbremse beachten kann. Der Sachverständigenrat hat in seinem jüngsten Gutachten auf die Begrenzung der Staatsverschuldung zurecht hingewiesen, doch solange der Patient Transfusionen benötigt und am Tropf hängt, wird ihn wohl niemand zum Blutspenden schicken.

IV.

Der finanz- und wirtschaftspolitische Kurs der christlich-liberalen Koalition ist angesichts der tiefen Finanz- und Wirtschaftskrise ohne Alternative, um einen Weg für mehr Wachstum und Beschäftigung kraftvoll zu gestalten. Dieser Kurs ist ohne Zweifel gewagt und risikoreich, doch mit einer klaren Perspektive: Es geht um Entlastungen auf dem ersten Abschnitt dieser schwierigen Strecke, es geht sodann um Zukunftsgestaltung mit wichtigen Reformen und vor allem auch mit einem deutlichen Abbau der staatlich verordneten Bürokratie, es geht schließlich um eine konsequente Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, also um das Wiedererreichen der im Europäischen Stabilitätspakt vorgegebenen finanzpolitischen Ziele, um die Umsetzung der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse mit dem Ziel eines ausgeglichenen Bundeshaushalts und um eine Nachhaltigkeit in der Finanzpolitik. Die Politik steht damit vor Herkules-Aufgaben, die in der Tat nur mit den großen Herausforderungen zu vergleichen sind, vor denen wir 1949 mit dem Wiederaufbau und 1990 mit der Wiedervereinigung standen.

Unsere Innovationsfähigkeit und unsere Wettbewerbsfähigkeit sind für die Zukunft von größter Bedeutung – national wie international. Deshalb müssen wir alles daran setzen, um auf den wichtigen Technologiefeldern vorne in der Weltliga mitspielen zu können: Das gilt zum Beispiel für die Elektroauto-Technologie, für die Nano-, Bio- und Gentechnologie; für die Chemie, Medizintechnik und Kraftwerkstechnologie. Es ist daher richtig, dass wir die Ausgaben unseres Landes für Bildung, Forschung und Entwicklung, die heute gerade bei rund 5 % des Bruttoinlandsproduktes liegen, bis 2015 verdoppeln.

Allerdings müssen wir die modernen Technologien auch umsetzen – insbesondere auch hierzulande und nicht wie beim Transrapid lediglich mit Subventionen aus deutschen Steuerkassen in China. Mit weniger Bürokratie und einfacheren Genehmigungsverfahren könnten allein in den nächsten Jahren 26 Mrd. Euro in die Modernisierung des Kraftwerkparks – und damit in den Klimaschutz –sowie in die Netzinfrastruktur investiert werden; das Geld steht bereit, es fehlen den Unternehmen allerdings die Genehmigungen und die Investitionssicherheit. Langwierige Planfeststellungsverfahren bremsen derzeit Milliarden-Investitionen in Flughäfen und andere Verkehrsinfrastrukturen. Der deutsche Gebäudebestand muss modernisiert werden; dafür sind fast 200 Mrd. Euro an Investitionen erforderlich. Die Breitbandnetze müssen bis 2020 ausgebaut werden; dafür sind 35 Mrd. Euro zu investieren. Das alles brächte viele hunderttausende neue Arbeitsplätze und spürbar mehr wirtschaftliches Wachstum und wird indessen nur zu realisieren sein, wenn die Politik mutig die Wachstumsbremsen lockert und eine klare Zukunftsstrategie verfolgt.

Deutschland braucht einen neuen Aufbruch. Für diesen Aufbruch brauchen wir Kraft und Vertrauen, Leistungen und Anstrengungen von jedem Einzelnen, Konsens statt Konfrontation, Anerkennung statt Neid, vor allem auch mutige Politiker, die Deutschlands Zukunft gestalten – eine Zukunft in Frieden, Freiheit und Wohlstand, eine Zukunft, in der es unseren Kindern und Enkeln mindestens auch so gut geht wie uns. Wenn wir Angst und Verzagtheit hinter uns lassen, wenn wir uns auf Erbe und Auftrag unserer Vorfahren besinnen, dann gehen wir mit Zuversicht und Engagement an die Herausforderungen.

In unserer mittelständischen Wirtschaft haben wir viele dynamische Unternehmer, die zumeist auf ihren Geschäftsfeldern über ein

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

HANNOVER
FRIEDHELM OST

17. November 2009

www.kas.de
www.kas.de/hannover

hervorragendes know how verfügen, die ihre Märkte und Kunden gut kennen, die flexibel auf Veränderungen reagieren, die mit ihrem Erfindungsreichtum auf Innovationen und Spezialitäten setzen. Gewiss, die Globalisierung der Wirtschaft wird sich noch entwickeln; neue "Wirtschaftsmächte" werden mit Indien, China und Brasilien auf den Weltmärkten noch aktiver werden. Ganze Branchenstrukturen werden sich verändern: In einiger Zeit wird es zum Beispiel nur noch rund 10 global operierende Automobilproduzenten geben; ähnliches gilt für die Chemie für die Stahlproduktion, für den Textil- oder Elektronik-Bereich. Am Ende dieser globalen Ketten befinden sich jedoch die Kunden vor Ort, und zwar auf regionalen bzw. lokalen Märkten. In vielen Bereichen haben diese Kunden des 21. Jahrhunderts immer speziellere und differenziertere Anforderungen und Wünsche.

Deutschland ist im globalen Wettbewerb insgesamt gut aufgestellt: Wir sind ein guter Standort für Investitionen und Arbeitsplätze, für Forschung und Entwicklung, mit einer funktionierenden Sozialpartnerschaft, einer insgesamt perfekten Infrastruktur und politischer Stabilität.

Wir haben die beste Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung:

Die Soziale Marktwirtschaft trägt wie keine andere Ordnung dazu bei, die Gegensätze innerhalb der Gesellschaft zu überwinden. Die sozialen Fliehkräfte sind indessen auch bei uns in dem letzten Jahrzehnt größer geworden: Auf der einen Seite hat sich ein Teil der wirtschaftlichen Eliten mental und ökonomisch vom Rest der Gesellschaft abgekoppelt. Ein anderer Teil – in den unteren Einkommensgruppen – entfernt sich gezwungenermaßen immer mehr vom Kern der Gesellschaft. Deshalb muss vor allem die Politik dafür sorgen, dass soziale Unterschiede nicht zu unüberwindbaren Hindernissen werden. Für ein menschliches Leben sind Sicherheit, Bildungschancen und Gesundheit elementar. Dass jedermann daran teilhaben kann, das ist eine ganz wichtige Aufgabe des Staates, denn das leistet der Markt nicht. Dabei muss die Politik in unserer Demokratie und Sozialen Marktwirtschaft von dem Leitbild des freien Bürgers ausgehen, der sein Leben in Selbstbestimmung und Selbstverantwortung führt, dem der Staat nicht im Detail vorschreibt, wie er zu leben hat. Aber dieses Leitbild schließt auch ein, dass es Aufgabe des Staates ist, Sicherheiten gegen die elementaren Lebensrisiken zu gewährleisten. Freiheit und Sicherheit gehören zusammen – auch im 21. Jahrhundert.

Die Soziale Marktwirtschaft ist keine Ideologie und kein statisches Modell, sondern eine dynamische Ordnung, die ständig weiterentwickelt werden kann. Deshalb ist sie gerade heute und morgen das einzige richtige Modell – nämlich für eine Epoche, in der sich alles wandelt und in der sich die Veränderungen mit einer immer größeren Geschwindigkeit vollziehen. Die Prinzipien der Sozialen Markwirtschaft sind dazu fähig, flexibel Anpassungsprozesse in der Wirtschaft zu steuern. Zugleich sorgt das Prinzip der Solidarität dafür, dass den Menschen auch Sicherheit im Wandel gegeben wird, dass soziale Aufstiegschancen eröffnet werden und dass niemand zurückgelassen wird. Die Sicherung des solidarischen Sozialstaates ist und bleibt die große Herausforderung. Hier liegt im Übrigen ein großer Unterschied zum "vorsorgenden Sozialstaat" und zum "Wohlfahrtsstaat", der rasch zum Fürsorgestaat ausufert, alles und jedes regeln will und so in eine Anspruchsspirale gerät, die nicht zu finanzieren ist, die eine immer höhere Staatsverschuldung erfordert und damit in die politische Handlungsunfähigkeit führt. Die Menschen wollen einen solidarischen Sozialstaat, auf den sie sich verlassen können – heute und auch in Zukunft.

Schließlich gilt es die Kluft zwischen Arm und Reich, zwischen gut Ausgebildeten und schlecht Qualifizierten, zwischen Einheimischen und Zuwanderern nicht immer größer werden zu lassen. Denn nur so sichern wir die Soziale Marktwirtschaft für die Zukunft. Sie ist mehr als eine Wirtschaftsordnung, sie ist eine Gesellschaftsordnung mit hohen ethischen und moralischen Werten, sie ist eine Ordnung des Miteinanders, in der nicht nur jeder auf seinen Vorteil pocht, sondern in der alle gemeinsam auch das Ganze im Auge behalten – nämlich die Verantwortung

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

HANNOVER
FRIEDHELM OST

17. November 2009

www.kas.de
www.kas.de/hannover

für unser Land und die Welt, für die Umwelt und Kultur, für die ältere und die jüngere Generation, für die Schwachen hierzulande und in den Entwicklungsländern, für Ethik und Moral, für Maß und Mitte. Darin liegt die große Überlegenheit der Sozialen Marktwirtschaft gegenüber dem Kapitalismus und dem Sozialismus! So gesehen brauchen wir nicht nur eine Renaissance der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland, sondern eine globale Implementierung dieses Zukunftsmodells.

Die aktuelle Krise bietet somit eine große Chance – nämlich die Chance für eine Renaissance der Sozialen Marktwirtschaft hierzulande und zugleich die Chance, die Soziale Marktwirtschaft global als Zukunftsordnung durchzusetzen.

Reinhard Marx, der Erzbischof von München und Freising, hat jüngst ein Buch mit dem Titel "Das Kapital – Ein Plädoyer für den Menschen" geschrieben. Darin setzt er sich "für globale Soziale Marktwirtschaft" ein – mit fairem Welthandel, einer klaren Rahmenordnung für den internationalen Finanz- und Kapitalmarkt, für die Garantie von Arbeitnehmerrechten usw.

"Wir stehen vor einer wirklichen epochalen Aufgabe", so schreibt er, "die besonders Europa herausfordert. Wenn wir ihr nicht gerecht werden, dann wird uns, davon bin ich überzeugt, Karl Marx als Wiedergänger der Geschichte begegnen. Aber das soll er um des Menschen willen nicht. Er soll in Frieden ruhen", so der Wunsch von Reinhard Marx. Recht hat er: Denn wir wollen nicht zurück zum menschenverachtenden Sozialismus, sondern eine Revitalisierung der Sozialen Marktwirtschaft, in der das Ethos kein bloßes privates Vergnügen und auch kein institutioneller Luxus ist, sondern das entscheidende Moment eines nachhaltigen und verantwortungsvollen, dem individuellen wie dem Gemeinwohl verpflichteten Wirtschaftens, Arbeitens und Zusammenlebens ist.

Der Amerikanische Präsident Barack Obama hat in seiner Regierungserklärung Anfang 2009 seinen Landsleuten zugerufen:

Yes, we can!

Wir Deutschen sollten uns in gleicher Weise angesprochen fühlen: Yes, we can! Und wir sollten als gute Patrioten hinzufügen: Yes, we do it! Denn es gibt bekanntlich nichts Gutes, es sei denn, man tut es. Gemeinsam können wir es schaffen, neue Chancen wahrzunehmen, Wachstum und Wohlstand für alle zu mehren, die Krise zu überwinden und am Ende stärker zu sein als zuvor.